

Seite 11  
20198 24006  
77888 80986  
7 6747 7294  
14795 15680  
24155 25260  
30 35034 771  
386 089 44470  
496 922 08910  
74 843 08770  
21 514 07020  
08339 074 142  
30 87511 026  
31 90509 709  
2040 344 171  
10198 112443  
0275.

# Dresdener Volkszeitung

Organ für das werktätige Volk  
Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Bezugspreis einschließlich Postgebühren mit den wöchentlichen Beilagen  
„Nach der Weite“ und „Volk und Zeit“ für einen halben Monat 1 M.  
Einzelsnummer 10 Pf.  
Telegramm-Adresse: Dresdener Volkszeitung

Schreibleitung: Weinmühlweg 10, Fernsprecher Nr. 25261, Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Weinmühlweg 10, Fernsprecher Nr. 25261. Geschäftszeit von früh 7 Uhr bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis. Grundpreise: die 20 mm breite Nonpareilzeile 30 Pf., die 90 mm breite Reklamazeile 1,50 M., für auswärtige Anzeigen 35 Pf. und 2 M. Familienanzeigen, Stellen- und Mietgebühren 40 Pf. Rabatt für Briefmitteleitung 10 Pf.

Nr. 206 Dresden, Freitag den 4. September 1925 36. Jahrg.

## Marseille und die Ostprobleme

Von Tony Sender

Das Kernstück der ganzen Verhandlungen bildete auf der Internationalen Konferenz in Marseille der in der Ostkommission zur Diskussion gestellte Fragenkomplex. Die Debatte erhielt dort von vornherein einen großzügigen, völlig interkontinental eingestellten Charakter durch ein ausgezeichnetes einleitendes Referat des Genossen Otto Bauer, dem wir nur dankbar dafür zu sein haben, daß er mit Weitsicht und Mut das Ansprechen dieser heikelsten und dennoch wichtigsten Probleme erreicht hat. Schon in den vergangenen Monaten hatte unsere Internationale Konferenzen der Ost- und speziell der Balkanländer einberufen. Aber es wäre falsch, wollte man den aus der Bildung der neuen Ost- und Randstaaten aufgeworfenen Problemen lediglich lokalen Charakter beimessen. Die Kriegsgefahren, die aus den vielen Unzufriedenheiten, der Gärung und der Ausnutzung dieser nationalen und sozialen Unruhen im Osten durch die Großmächte einerseits, Sowjetrußland andererseits entstehen, würden noch weniger lokalisiert werden können, als dies mit dem österreichisch-serbischen Konflikt, der unmittelbaren Ursache des Weltkrieges, möglich war. Sucht auf der einen Seite Frankreich die Politik Rumäniens, Polens und der Tschechoslowakei für seine Pläne einzuspinnen, so bildet auf der anderen Seite der sich in der letzten Zeit wieder zuspitzende Gegensatz England-Rußland, der seit dem Sturz der Arbeiterregierung immer offener wird, eine erste Gefahr für den Weltfrieden. England sieht in der Sowjetregierung das Haupt der Erhebung der asiatischen Völker, der mohammedanischen Welt. Daraus aber erwächst seine Neigung zu einer aggressiven Politik gegen Sowjetrußland. Auf der anderen Seite spielt Rußland bei Beobachtung der Entwicklung dieser Gegensätze mit Möglichkeiten, die zu jener Katastrophe führen können, welche nach bolschewistischer Auffassung der kapitalistischen Welt den Todesstoß versetzen würde.

Die sozialistische Internationale darf sich weder auf die eine noch auf die andere Seite reifen lassen. Angesichts der neuen Periode möglicher Interventionspolitik gegen die Sowjetunion muß ihre Parole wiederum sein: Sünde gegen die Arbeiterklasse! Denn bei aller Kritik an den inneren und außenpolitischen Methoden der Bolschewisten verlor Sowjetrußland immerhin noch eine wenn auch von uns zu mißbilligende und den endgültigen Erfolg nicht unbedingt verbürgende Form eines proletarischen Herrschaftssystems, das wir gegen reaktionäre Kräfte zu verteidigen haben.

Diese Stellung zu Sowjetrußland war beiderseitigerweise Gegenstand sehr erster Auseinandersetzungen. Man braucht sich ja nur in die Stimmung der durch den Bolschewismus beinahe gewordenen Georgier und Armenier zu versetzen, um deren Erbitterung begreifen zu können. Aber über diese Stimmungen hinweg muß ja die Internationale den großen historischen Blick gewinnen. Und in erfreulicher Weise traten mit Otto Bauer die russischen Menschewisten und die englischen und deutschen Vertreter mit Entschiedenheit dafür ein, daß die Demokratisierung Rußlands von innen heraus, durch die von Interventionen unbefruchtete Entwicklung erwachsen müsse, da man die Demokratie ebensowenig wie die Revolution als einen Exportartikel betrachten dürfe. Aber auch ein Verzicht der russischen Kreislaufenden mit den französischen Revolutionskriegen muß schon deswegen zurückgewiesen werden, weil heute ein Riera der Gile und Gase mit Bewußtsein nur eine so unermeßliche Forderung an Menschenleben und Gütern, keineswegs aber die Sicherheit einer revolutionären Umgestaltung der Welt bringen würde.

War so die Stellung zu Sowjetrußland nach außerordentlich leidenschaftlichen Auseinandersetzungen warf, so galt es auch zu dem Problem der durch die Friedensverträge neu geschaffenen Oststaaten und zu dem des Erwachens der Völker im fernen Osten die Stellung der Internationale zu klären. Man mußte sich klar darüber sein, daß durch die Friedensverträge breite Volksmassen einer fremden Herrschaft unterworfen worden waren und daß deren Unzufriedenheit ein geeignetes Objekt für Vorkämpfer darbot. Darum muß das Ziel der Internationale sein, die durch die Friedensverträge erfolgte Verletzung des Selbstbestimmungsrechts der Völker wieder gutzumachen. In keinem Fall aber soll diese Wiedergutmachung auf dem Wege geschehen, wie es die Türkei im Kriege mit Griechenland getan. De an der Konferenz die Vertreter aller jener Staaten beteiligt waren, die nationale Minderheiten in ihrem Lande haben, kann man sich die ungeheure Bedeutung einer Diskussion dieser schwierigsten nationalen Probleme vorstellen. Aber auch hier gelang es, einen Modus vivendi zu finden. Von allen Vertretern wurde anerkannt, daß den in geographischen Territorien lebenden nationalen Minderheiten das Recht auf Autonomie zugesprochen werden müsse, während den zerstückelten lebenden Minderheiten uneingeschränkte kulturelle Bewegungsfreiheit einzuräumen ist.

Diese Lösung aber wäre unvollständig gewesen, hätte man nicht zugleich des Erwachens der Völker im fernen Osten

gedacht. Es sei hier als bemerkenswert hervorgehoben, daß zum ersten Male auch Vertreter Chinas dem Internationalen Sozialistenkongress beizuhören. Uebereinstimmend fordern die Teilnehmer von der eurobäisch-amerikanischen Demokratie das Selbstbestimmungsrecht für die Völker der chinesischen, der indischen und der mohammedanischen Welt und sprechen aus, daß ein Weltkrieg nur verhindert werden kann, wenn die demokratischen Rechte dieser Völker von den Großmächten unbedingt respektiert werden. Darum werden alle Sektionen der Internationale verpflichtet, einen ununterbrochenen Kampf für das Selbstbestimmungsrecht der unterworfenen Völker Asiens und Afrikas zu führen.

Die sozialistische Internationale will demzufolge das Unrecht der Friedensverträge und des Imperialismus nicht durch das neue Unrecht eines neuen, menschenmordenden Weltkrieges beseitigen, sondern geht im Gegensatz zu kapitalistisch-imperialistischen und zu bolschewistischen Weisungen ihren eigenen Weg, den planmäßigen Ausbau einer wahren Völkerrechtsordnung, um durch sie eine Fortsetzung ungerechter und unvernünftiger Grenzen durchzusetzen.

Es können natürlich an dieser Stelle nur die großen Grundlinien des ungeheuren, in der Ostkommission behandelten Fragenkomplexes behandelt werden. Wünschenswert wäre es freilich, wenn auch die Parteigenossen selbst diesen mit der Lösung der außerpolitischen Fragen des Weltens aufs engste zusammenhängenden Problemen künftig eine größere Aufmerksamkeit und eingehenderes Studium widmen könnten.

Wer jedoch den allnächtlichen Sitzungen der Ostkommission mit Aufmerksamkeit folgte, der mußte erkennen, daß durch ihre Arbeiten die Internationale ein wichtiges neues Gebiet betreten hat. Sie hat sich nicht nur, wie bisher, an die brennendsten Fragen der Tagespolitik herangewagt, sondern wenigstens damit begonnen, die arden Prinzipien Fragen der internationalen Politik in Angriff zu nehmen. Das gilt ebenso für die Stellung zum Bolschewismus wie auch zu jenen komplizierten Problemen der nationalen Minderheiten. Und dabei sei mir gestattet, auf eine wichtige erzieherische Wirkung unserer internationalen Dramatization hinzuweisen: Die Tatsache, daß jede Sektion vor das Forum der internationalen Kameraden zu treten darf, ist von nicht zu unterschätzendem pädagogischen Wert. Denn niemand möchte dort als der Ausbund des Chauvinismus erscheinen. Da aber gerade in den strittigen Ländern oft zwei sozialistische Parteien vorhanden sind und in der Internationale vertreten sind, kamen die Vertreter der herrschenden wie der unterdrückten Nationalitäten zu Worte. Es darf festgestellt werden, daß auch in diesen Fällen die Aussprache eine kameradschaftliche war und daß die Vertreter der nationalen Mehrheiten weitestgehende Zugeständnisse für die Rechte der Minderheiten gemacht haben, nicht etwa in platonischer Weise, sondern für

die eigene Politik in ihren Ländern und den eigenen nationalen Minderheiten gegenüber.

Die Lösung dieses schwierigsten Ostproblems wurde zu einem Bekenntnis der Internationale für die Revision der Friedensverträge auf friedlichem Wege, für die Umgestaltung des Völkerbundes zu einem Instrument der Umgestaltung der bestehenden Staatenordnung, für den Schutz der nationalen Minderheiten, für die Selbstregierung der unterdrückten Völker. Und die Internationale wird darüber zu wachen haben, daß die damit eingegangenen Verpflichtungen von allen Seiten auch erfüllt werden.

Schließlich aber bleibe man sich dessen bewußt: Der Wert der Internationale ist die Summierung der Qualität der ihr angeschlossenen Parteien. Wollen wir darum der Internationale dienen, so müssen wir dafür sorgen, daß die deutsche Sektion vom numerisch stärksten auch zu dem revolutionär fortschrittlichsten Zweig der Arbeiterinternationale mit werde!

## Angst vor Neuwahlen

D. Berlin, 4. September. (Eig. Rundfunk.) Die schwerindustrielle Telegraphen-Union will von gut unterrichteter Seite gehört haben, daß die „leitenden Kreise der preussischen Regierung“ tatsächlich beabsichtigen, den Landtag alsbald nach seinem Zusammentritt am 21. September aufzulösen und die Neuwahlen zum Landtag zusammen mit den Kreis- und Provinziallandtagswahlen am 25. Oktober stattfinden zu lassen. Ob das, was die Telegraphen-Union gehört hat, wirklich zutrifft, ist sehr fraglich. Unbestritten ist, daß die sozialdemokratischen Minister in der Regierung, wie Sebering es verkündete, fest entschlossen sind, den Landtag aufzulösen, falls sich in der Winter- und Sommerpause keine arbeitsfähige Mehrheit findet. Interessant ist die Wirkung, die die Meldung auf die deutsche und die Arbeiterpartei ausübt. Die Zeitung „Kampf“ hat die Angst vor der Schlappe bei einer Neuwahl nicht ganz verbergen. Und die „Tägliche Rundschau“ meint:

„Es war zu erwarten, daß die Regierung die erste Gelegenheit suchen würde, wo die Stimmung im Lande ihr die Aussicht gibt, durch Neuwahlen einen ihr günstig gestimmten Landtag zu schaffen. Die drückende Wirtschaftslage, die Schulampfe, die durch gewissenlose Agitation geschürte Unzufriedenheit mit der Steuer- und Zollpolitik — das sind alles Momente, die die preussische Regierung hoffen lassen, daß jetzt ihre Weisen blüht. Es bedarf der ersten, anstrengten Arbeit und der Ausnutzung aller verfassungsmäßig zulässigen Mittel, um diese Pläne, die so recht zur Unzeit uns zu allen Sorgen auch noch Aufregungen einer Wahl schaffen wollen, zu durchkreuzen.“

Das Geständnis, daß auch der Volkspartei Neuwahlen zur Unzeit kommen und ihre Sorgen noch vermehren würden, ist auf alle Fälle sehr beachtenswert.

## Völkerbund und Friedenskongress

Die Türkei verlangt Alleinherrschaft — Wirtschaftsprobleme auf dem Friedenskongress

T. Genf, 3. September. (Eig. Draht.) Der Völkerbundrat hielt am Donnerstag vormittag seine zweite öffentliche Sitzung ab. Als einziger Punkt stand auf der Tagesordnung die Resolution. Berichterstatter für den Rat war Lorden, Schweden, England war durch seinen Außenminister Amers, die Türkei durch Tewfik-Bei vertreten. Inoffiziell wohnten Chamberlain und Banderbeide der Sitzung bei. Den eigentlichen Verhandlungen ging eine Auseinandersetzung zwischen dem türkischen und dem englischen Vertreter voraus, die sich gegenseitig antürkische bzw. antienglische Propaganda im Mosulgebiet vorwarfen und außerdem über zahlreiche Grenzverletzungen Klage führten.

In seinem Bericht gab Lorden dann nochmals kurz eine Darstellung der Entwicklung des Mosul-Problems. Nachdem die im Artikel 3 des Völkerbundesvertrages vorgesehene

### Freundschaftliche Einigung

zwischen England und der Türkei über die Grenze des Irak nicht innerhalb der gesetzlich fest von neun Monaten zu stande gekommen war, mußte sich laut dem gleichen Artikel des Vertrages der Völkerbundrat mit dem Streitfall beschäftigen. Als Ergebnis der bisherigen Verhandlungstätigkeit liegt seit dem 10. Juni der Bericht der im November 1924 in das unstrittige Gebiet entsandten Einigungs-Kommission vor. Die Kommission empfahl als günstigste Lösung die Verlängerung des türkisch-englischen Vertrags über den Irak um 25 Jahre und Anschließung des Gebiets, das nördlich der von dem Irak gezogenen Demarkationslinie liegt, an den Irak. Nach den Darlegungen Lordens nahm in etwa einstufiger Rede Amers für Großbritannien Stellung zum Kommissionsbericht. In der Erwägung, daß aus wirtschaftlichen und strategischen Gründen die Vereinigung des südlich von der Demarkationslinie liegenden Teiles von Mosul mit dem Irak unbedingt erforderlich sei, erklärte sich die englische Regierung zur Weiterführung des Mandats bereit, aber nur so lange, bis der Rat erkannt, daß die Bedingungen des Pakt-Artikels 22 erfüllt sind. Dieser Artikel sieht vor, daß das Mandatsgebiet inskande ist, sich selbstständig zu erhalten. Eine 15-jährige Bindungsfrist könne jedoch England nicht annehmen, da die Bedingungen des Artikels 22 bereits jetzt schon weitgehend erfüllt sind. Auf jeden Fall werde nach englischer Auffassung das

Irak-Gebiet ohne Mosul lebensunfähig, und niemand könne den englischen Steuerzahlern zuzunutzen, den Irak künstlich lebensfähig zu erhalten. Wenn die Demarkations-

linie auch nicht die beste strategische Grenze sei, so würden sich doch der Irak und England mit der Einigung eines Völkerbundsmandats einverstanden erklären. Dieser Kommissar müsse jedoch den Charakter eines Beobachters haben. Die englische Regierung sei auch einverstanden mit der Einführung des türkischen als Amtssprache und erkläre jetzt schon feierlich, daß sie jede Entscheidung des Völkerbundsmandates, wie sie auch ausfallen möge, anerkennen werde.

In der Nachmittags-Sitzung beglaubete dann in greifbarer Rede Tewfik-Bei den türkischen Standpunkt. Demnach ist das Mosulgebiet rein türkisch. Ein Mandat an England würde mit den türkischen Lebensinteressen unvereinbar sein; ebenso wäre eine Teilung des Gebiets nicht in Frage. An Hand zahlreicher Argumente zeichnete der türkische Vertreter ein Bild der englischen Agitation, die die Einwohner gegen die Türkei aufbrachte und jeden Vorwand benutzte, um Unruhen zu stiften. Zusammenfassend erklärte Tewfik-Bei: Die Türkei habe niemals die Anwendung des Mandatsystems auf die Gebiete anerkannt, die vom ehemaligen ottomanischen Reich abgetrennt wurden. Deshalb könne, wenn der Völkerbundrat sich in seinen Entscheidungen im Rahmen der bestehenden Verträge bewegen wolle, von einer Erweiterung des Irak-Mandats auf das Mosulgebiet nicht die Rede sein. Darum habe auch die Untersuchungskommission in ihren Schlussfolgerungen ihre Zuständigkeit überschritten. Schon aus rein juristischen Gründen sei die Ausdehnung des Irak-Mandats nicht angängig, und es läge nur die eine Lösung in Betracht: die

### Aufrechterhaltung der Souveränität der Türkei über das Mosulgebiet.

da dessen wirtschaftliche und politische Grenzen anders gesteckt seien als die des Irak-Gebiets. — Der Rat vertage denn die Weiterführung der Verhandlungen auf Freitagvormittag.

### Der Danziger Senat protestiert

T. Genf, 3. September. (Eig. Draht.) Der Danziger Senat hat in einer Denkschrift an den Völkerbundrat Protest erhoben gegen das Entschließen eines Sachverständigenkomitees, das der Rat mit der Grenzfestlegung des Danziger Ostens beauftragt hat. Der Danziger Senat verlangt die Aufhebung der Grenzfestlegung und die Behandlung dieser Angelegenheit zu einem späteren Zeitpunkt.